



Mittwoch, 31. Dezember 2025, 15:00 Uhr
~10 Minuten Lesezeit

Eine nüchterne Prognose

Der Jahreswechsel ist ein schlechter Moment für falsche Hoffnungen und eignet sich nicht dafür, einen Schlussstrich zu ziehen oder einen Neuanfang zu beschwören.

von Günther Burbach
Foto: Stefano Dosselli/Shutterstock.com

Zu vieles ist längst entschieden, zu vieles bereits angelegt. 2026 wird kein Jahr der Überraschungen. Es

wird ein Jahr, in dem sich politische Weichenstellungen der vergangenen Jahre mit zeitlicher Verzögerung im Alltag bemerkbar machen. Nicht abrupt, nicht spektakulär, sondern schleichend, und genau darin liegt die eigentliche Gefahr. Wenn man den Blick von den täglichen Schlagzeilen löst und sich auf die strukturellen Linien konzentriert, ergibt sich ein vergleichsweise klares Bild. Der soziale Zustand des Landes wird sich 2026 nicht deshalb verschlechtern, weil ein einzelnes drastisches Gesetz in Kraft tritt, sondern weil mehrere Entwicklungen gleichzeitig wirksam werden. Jede für sich wäre möglicherweise verkraftbar. In ihrer Überlagerung jedoch erzeugen sie eine Belastung, die vor allem jene trifft, die ohnehin wenig Spielraum haben.

Beginnen wir bei der Grundsicherung. Wenn die politisch angekündigte Verschärfung des Bürgergeld-Systems umgesetzt wird, strengere Mitwirkungspflichten, ausgewitete Sanktionen, ein stärkerer Fokus auf Kontrolle statt Unterstützung, dann ist sehr wahrscheinlich nicht mit einer Verringerung von Armut zu rechnen, sondern mit ihrer Verfestigung. Sanktionen entfalten dort keine aktivierende Wirkung, wo strukturelle Probleme den Zugang zum Arbeitsmarkt erschweren: Krankheit, Pflegeverantwortung, fehlende Kinderbetreuung, regionale Arbeitsplatzknappheit. Die Folge ist absehbar: Einkommen sinkt, psychische Belastungen steigen, gesellschaftliche Teilhabe wird weiter eingeschränkt. Armut wird nicht überwunden, sondern verwaltet, disziplinarisch und zunehmend entpersonalisiert.

Parallel dazu bleibt die Frage der Altersarmut ungelöst. Wenn

Rentenanpassungen weiterhin langsamer wirken als Preissteigerungen bei Mieten, Energie und Pflege, dann wird sich die Lage älterer Menschen 2026 weiter verschlechtern, auch ohne formale Rentenkürzungen. Die politische Vermeidung einer grundlegenden Reform verschiebt das Problem in den Alltag der Betroffenen. Altersarmut äußert sich selten laut. Sie zeigt sich in stillen Verzichtsentscheidungen: weniger Heizung, schlechtere Ernährung, vermiedene Arztbesuche. Dass immer mehr ältere Menschen Pfand sammeln oder auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sind, ist kein moralisches Versagen, sondern eine logische Folge politischer Untätigkeit.

Besonders dramatisch wirkt diese Entwicklung im Zusammenspiel mit dem Wohnungsmarkt.

Wenn der soziale Wohnungsbau weiterhin deutlich hinter dem Bedarf zurückbleibt und gleichzeitig mehr Wohnungen aus der Sozialbindung fallen als neu entstehen, dann wird sich die Wohnungsnot 2026 weiter zuspitzen. Und zwar nicht nur in den Metropolen. Auch in kleineren Städten und ländlichen Regionen steigen die Mieten, während bezahlbarer Wohnraum verschwindet. Für viele Menschen bedeutet das Verdrängung, Zwangsumzüge, den Verlust sozialer Netze.

Wohnungsnot ist kein Randphänomen mehr, sondern ein strukturelles Risiko. Sie erzeugt Unsicherheit selbst für jene, die arbeiten und Einkommen haben, und sie verstärkt soziale Spaltung, ohne dass dies politisch konsequent aufgegriffen wird.

Hinzu kommt die Entwicklung im Gesundheits- und Pflegesystem. Wenn die Krankenhausreform wie geplant umgesetzt wird, mit einer stärkeren Zentralisierung und ökonomischen Steuerung, dann wird medizinische Versorgung effizienter organisiert, aber sozial ungleicher zugänglich. Gleichzeitig steigen die Eigenanteile in der

Pflege weiter, während der Fachkräftemangel ungelöst bleibt. Für Menschen mit geringer Rente oder ohne familiäres Netz bedeutet das 2026 eine reale Verschlechterung der Versorgungssicherheit. Gesundheit wird zunehmend zu einer Frage des Geldbeutels, auch wenn dieser Zusammenhang selten offen benannt wird.

Diese sozialen Belastungen treffen auf eine ohnehin angespannte finanzielle Lage der Kommunen. Wenn Städte und Gemeinden weiterhin strukturell unterfinanziert bleiben, während soziale Ausgaben steigen, dann werden sie 2026 gezwungen sein, dort zu kürzen, wo es politisch am wenigsten Widerstand gibt. Sozialberatungen, Präventionsangebote, Jugend- und Seniorenarbeit geraten unter Druck. Der Sozialstaat zieht sich dabei nicht offiziell zurück, sondern bricht lokal weg: leise, unkoordiniert und von Region zu Region unterschiedlich. Für die Betroffenen fühlt sich das nicht wie eine Reform an, sondern wie ein schleichender Verlust von Halt.

Diese innere soziale Erosion wird durch ökonomische Entwicklungen zusätzlich verstärkt. Wenn die massive staatliche Verschuldung zur Finanzierung von Rüstungsausgaben fortgesetzt wird, dann wird das 2026 zwangsläufig andere Politikfelder unter Druck setzen. Schulden sind keine abstrakte Größe. Sie strukturieren Prioritäten. Mittel, die langfristig in militärische Beschaffung gebunden sind, stehen nicht für sozialen Wohnungsbau, Bildung, Pflege oder kommunale Infrastruktur zur Verfügung.

Auch wenn Sozialausgaben nominell stabil bleiben, verlieren sie real an Gestaltungskraft. Der Staat wird weniger investieren, mehr verwalten und Verantwortung weiter nach unten delegieren.

Gleichzeitig ist zu beobachten, dass sich die industrielle Basis des Landes weiter ausdünnnt. Wenn energieintensive und industriegetragene Unternehmen ihre Produktion verlagern oder

Investitionen zurückstellen, dann wird sich das 2026 spürbar auf den Arbeitsmarkt auswirken. Nicht flächendeckend, aber regional konzentriert. Industriearbeitsplätze sind mehr als Einkommen. Sie stabilisieren ganze Regionen, sichern kommunale Haushalte und finanzieren soziale Sicherungssysteme. Gehen sie verloren, entstehen Kettenreaktionen: Zulieferer geraten in Schwierigkeiten, Kaufkraft sinkt, Kommunen verlieren Einnahmen. Die Ursachen sind bekannt: attraktive Förderprogramme in den USA, planungssichere Energiepreise im Ausland, geringere regulatorische Unsicherheit. Bleiben diese Rahmenbedingungen bestehen, wird 2026 kein Jahr des industriellen Aufbruchs, sondern eines selektiven Rückzugs.

Die Energiepolitik verschärft diese Lage zusätzlich. Wenn Strompreise dauerhaft hoch bleiben oder nur durch staatliche Subventionen abgedeckt werden können, dann ist die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts strukturell gefährdet. Kein Staat kann auf Dauer Energiepreise so subventionieren, dass sie global konkurrenzfähig bleiben, ohne massive Haushaltsrisiken einzugehen. Für Unternehmen bedeutet das Unsicherheit und Investitionszurückhaltung. Für Haushalte bedeutet es steigende Belastung, direkt über Strom- und Heizkosten, indirekt über Preissteigerungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Energie wird damit 2026 nicht nur zur ökologischen, sondern zur sozialen Frage.

Hinzu kommt die anhaltende Abhängigkeit von importiertem Gas, insbesondere aus den USA. Wenn diese Abhängigkeit bestehen bleibt, dann wird sich die energiepolitische Verwundbarkeit lediglich verschoben haben, nicht reduziert. Preisbildung und Lieferbedingungen entziehen sich demokratischer Kontrolle. Die Folge ist eine dauerhafte Volatilität, die weder Haushalte noch Industrie zuverlässig kalkulieren können.

Soziale Ausgleichsmaßnahmen werden damit zur Dauereinrichtung,

politisch umkämpft und finanziell begrenzt.

Setzt man all diese Entwicklungen zusammen, ergibt sich für 2026 ein klares, wenn auch ernüchterndes Bild. Nicht ein einzelner Schock bedroht den sozialen Zusammenhalt, sondern die Überlagerung mehrerer Belastungen. Steigende Arbeitslosigkeit trifft auf hohe Lebenshaltungskosten. Kommunale Schwäche trifft auf wachsenden sozialen Bedarf. Politische Versprechen treffen auf begrenzte Handlungsspielräume. Landtagswahlen finden in einem Klima statt, in dem soziale Unsicherheit größer ist als das Vertrauen in politische Lösungsangebote. Wird diese Realität ignoriert, wächst weniger die Zustimmung zu radikalen Antworten als die Entfremdung von Politik insgesamt.

Was diese Lage 2026 zusätzlich verschärft, ist der psychologische Effekt einer Gesellschaft, die sich an Verschlechterung gewöhnt. Der Satz „Es ist halt so“ ist gefährlicher als jede Parole. Denn er markiert den Punkt, an dem politische Zustände nicht mehr als veränderbar wahrgenommen werden, sondern als Naturgesetz. Wenn das geschieht, wird der Sozialstaat nicht abgeschafft, er wird still entkernt. Nicht durch einen großen Schnitt, sondern durch tausend kleine Entscheidungen, die einzeln plausibel wirken, in Summe aber eine Richtung ergeben.

Diese Richtung hängt eng an der Frage staatlicher Prioritäten. Wenn ein erheblicher Teil der öffentlichen Mittel langfristig in Rüstungsvorhaben gebunden wird, dann entsteht ein doppelter Druck: Erstens werden Haushalte enger, zweitens wird politische Energie auf Sicherheits- und Militärlogiken konzentriert, während soziale Fragen als „nachrangig“ behandelt werden. Das Problem ist dabei nicht nur das „Ob“, sondern das „Wie“. Militärische Beschaffung ist selten flexibel, sie erzeugt Bindungen über Jahre, manchmal Jahrzehnte. Und während sich ein Wohnungsbauprogramm oder kommunale Investitionen theoretisch anpassen ließen, sind große Rüstungsprojekte oft politisch und

vertraglich so fixiert, dass sie selbst bei wirtschaftlichem Gegenwind weiterlaufen. Die soziale Konsequenz ist absehbar: In Zeiten knapper werdender Mittel geraten jene Bereiche unter Druck, die keine starke Lobby haben oder deren Nutzen sich nicht sofort in Schlagzeilen übersetzen lässt.

Wenn gleichzeitig die industrielle Basis weiter ausdünnt, wird das nicht nur ein Arbeitsmarktproblem, sondern ein Stabilitätsproblem. Denn Deindustrialisierung, oder nüchtern: Standortverlagerungen, Investitionsstopp, Abbau energieintensiver Produktion, trifft Deutschland an einer empfindlichen Stelle.

Industriearbeitsplätze sind im Schnitt besser bezahlt, tariflich stärker abgesichert und tragen über Steuern und Abgaben überproportional zur Finanzierung des Gemeinwesens bei. Wenn diese Basis schrumpft, sinken nicht nur Einkommen, sondern auch die Fähigkeit, soziale Systeme stabil zu finanzieren. 2026 wäre dann nicht das Jahr, in dem „plötzlich alles kippt“, sondern das Jahr, in dem viele Regionen begreifen, dass die gut bezahlten Jobs nicht einfach durch „irgendwas Digitales“ ersetzt werden.

Dass es zu mehr Arbeitslosigkeit kommen kann, ist in diesem Szenario keine steile These, sondern eine plausibel ableitbare Folge. Wenn Unternehmen verlagern, schließen oder nicht mehr investieren, entstehen Ketteneffekte: Zulieferer verlieren Aufträge, Logistik schrumpft, Dienstleister brechen weg. Besonders kritisch wird es dort, wo regionale Alternativen fehlen.

Wer in einem Ballungsraum lebt, hat wenigstens Chancen auf Umorientierung, wer in einer industriell geprägten Region lebt, verliert oft nicht nur den Job, sondern das wirtschaftliche Fundament der ganzen Umgebung. Das ist der Punkt, an dem soziale Spannungen nicht mehr theoretisch sind, sondern konkret: mehr Aufstockung, mehr Überschuldung, mehr psychische Erkrankungen, mehr Konflikte in Familien, mehr Abwanderung der Jüngeren.

Viele werden dann sagen: „Aber der Staat kann doch gegensteuern.“ Ja, kurzfristig kann er das, und er wird es auch versuchen. Doch genau hier liegt die nächste Kausalkette. Wenn Energiepreise auf Dauer hoch bleiben oder instabil sind, kann ein Staat das eine Zeit lang kompensieren. Er kann Strompreisbremsen bauen, Härtefallfonds auflegen, Unternehmen unterstützen. Aber er kann nicht dauerhaft einen Standort künstlich konkurrenzfähig subventionieren, ohne sich selbst finanziell zu überlasten. Und selbst wenn er es versucht: Subventionen ersetzen keine Planungssicherheit. Unternehmen investieren nicht, weil es „irgendwie gerade Fördermittel gibt“, sondern weil Rahmenbedingungen verlässlich sind. Wenn sie das nicht sind, bleibt Investition aus, und genau das ist der stille Mechanismus, der 2026 weiter wirken könnte.

Energie ist dabei der zentrale Nerv. Hohe Strompreise wirken wie eine Steuer auf Produktion. Volatile Gaspreise wirken wie eine Lotterie auf Haushalte. Beides macht Alltag und Wirtschaft schwer kalkulierbar. Und wenn Europa, ob gewollt oder mangels Alternative, weiter stark von importiertem Flüssiggas abhängig bleibt, verschiebt sich die Abhängigkeit nur geografisch, nicht strukturell. Das bedeutet: Preisbildung und Versorgungssicherheit hängen an globalen Märkten, an politischen Entscheidungen anderer Staaten, an Transport- und Infrastrukturfragen, die man national kaum steuern kann. Für 2026 ist damit nicht Entspannung, sondern ein Fortbestehen der Unsicherheit plausibel, mit dem Ergebnis, dass soziale Ausgleichsmaßnahmen weiter nötig bleiben, aber politisch und finanziell immer schwerer zu tragen sind.

Diese ökonomischen Spannungen haben dann ganz handfeste soziale Gesichter. Wenn Mieten weiter steigen, verschärft sich nicht nur Wohnungsnot, sondern auch die gesamte soziale Architektur. Wer verdrängt wird, verliert oft seine Wege: Schule, Arzt, Familie, Nachbarn, Unterstützung. Das ist nicht nur belastend,

das ist existenziell. Und wenn man ehrlich ist, liegt hier einer der größten Kippunkte: Wohnraum ist die Basis für Stabilität.

Wer seine Wohnung verliert oder nur noch temporär lebt, kann kaum politisch teilhaben, kaum planen, kaum gesund bleiben. 2026 könnte genau das Jahr werden, in dem „Wohnen“ endgültig zur zentralen sozialen Frage wird; nicht als Aktivisten-Thema, sondern als breite Alltagserfahrung.

Dazu kommen die Gesundheits- und Pflegekosten, die wie ein zweiter Schatten über vielen Haushalten liegen. Wenn Eigenanteile steigen, Wartezeiten länger werden und Versorgung stärker zentralisiert wird, dann bedeutet das für Menschen mit wenig Geld und wenig Mobilität nicht nur Unbequemlichkeit, sondern echte Ausschlüsse. Wer in einer ländlichen Region wohnt, erlebt „Strukturreformen“ oft als Rückzug: längere Wege, weniger Angebote, mehr Bürokratie. Und wer krank ist, hat selten die Kraft, sich durch digitale Portale, Antragsverfahren und telefonische Warteschleifen zu kämpfen. 2026 könnte hier zum Jahr werden, in dem die stille Ungleichheit in der Versorgung deutlicher sichtbar wird; nicht in Statistiken, sondern in Biografien.

All das landet am Ende bei den Kommunen. Wenn die soziale Nachfrage steigt, mehr Wohngeld, mehr Beratungsbedarf, mehr Jugendhilfe, mehr psychosoziale Belastungen, während Einnahmen gleichzeitig schwächen, dann geraten Städte und Gemeinden unter Druck. Und Kommunen sind der Ort, an dem der Staat für die meisten Menschen real wird. Nicht im Bundestag, sondern im Bürgerbüro, in der Schule, im Jugendamt, in der lokalen Klinik, im Sozialdienst. Wenn dort gespart wird, spüren Menschen den Rückzug unmittelbar. Das ist der Moment, in dem aus abstrakten Haushaltsdebatten konkrete Lebensverschlechterung wird. 2026 könnte also nicht das Jahr der großen politischen Entscheidung sein, sondern das Jahr, in dem die Menschen merken, dass der Staat

im Alltag nicht mehr zuverlässig funktioniert; nicht aus böser Absicht, sondern aus Überlastung.

Und dann sind da die Wahlen, insbesondere Landtagswahlen, die in dieses Klima fallen. Wenn soziale Realitäten nicht glaubwürdig angesprochen werden, wächst weniger die Zustimmung zu komplexen Programmen als die Sehnsucht nach einfachen Erklärungen. Das Problem ist dabei nicht, dass „die Menschen dumm werden“. Das Problem ist, dass Unsicherheit nach Ordnung ruft. Wer Angst vor Abstieg hat, sucht Halt. Wer keinen Halt findet, sucht Schuldige. Wenn Politik und Medien diese Dynamik unterschätzen, werden sie 2026 nicht von einem plötzlichen „Rechtsruck“ überrascht, sondern von einer fortschreitenden Entfremdung, die längst im Gange ist.

Das alles ist kein Endzeitbild. Es ist die kalte Beschreibung einer möglichen Fortsetzung der bisherigen Linie. Und genau deshalb ist sie so unangenehm: Weil sie nicht spektakulär genug ist, um Alarm auszulösen, aber konsistent genug, um wahrscheinlich zu werden. 2026 wird in diesem Szenario kein Jahr, in dem alles zusammenbricht. Es wird ein Jahr, in dem vieles weiter abrutscht, ohne dass es noch als Skandal empfunden wird. Und genau da liegt der Punkt, an dem man sich entscheiden muss: Will man diese Richtung hinnehmen oder will man sie politisch unterbrechen?

Ach ja, aller Voraussicht nach wird es wärmer. Nach dem letzten Sommer dann wenigstens doch ein kleiner Lichtblick. Oder nicht?



Günther Burbach, Jahrgang 1963, ist

Informatikkaufmann, Publizist und Buchautor. Nach einer eigenen Kolumne in einer Wochenzeitung arbeitete er in der Redaktion der Funke Mediengruppe. Er veröffentlichte vier Bücher mit Schwerpunkt auf Künstlicher Intelligenz sowie deutscher Innen- und Außenpolitik. In seinen Texten verbindet er technisches Verständnis mit gesellschaftspolitischem Blick — immer mit dem Ziel, Debatten anzustoßen und den Blick für das Wesentliche zu schärfen.